

## Mehr Sichtbarkeit für HAW

**Hamburg.** Der **hlb** will sein Profil schärfen und seine Sichtbarkeit erhöhen. Darauf verständigten sich die 75 Delegierten der **hlb**-Landesverbände auf der turnusgemäß einmal im Jahr stattfindenden Delegiertenversammlung am 29./30. Mai in Hamburg. Angesichts teils drastischer Sparmaßnahmen im Hochschulbereich sowie der demografischen Entwicklung, die zu sinkenden Studierendenzahlen führt, will der **hlb** als Interessensvertretung der Professorinnen und Professoren an Deutschlands Hochschulen für angewandte Wissenschaften (HAW) aktiver und konsequenter als bislang seine Standpunkte vertreten und die Bedeutung der HAW herausstellen. Der Startschuss für die Neupositionierung fiel auf der Konferenz der Landesvorsitzenden mit dem Bundespräsidium im vergangenen Jahr, fortgesetzt wurde der Prozess auf einem Workshop im April. Künftig soll noch stärker als bislang vor Ort, an den Hochschulstandorten, und in den Landeshauptstädten in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft für die HAW und ihre Vorteile geworben werden. Zentrale Argumente sind die hohe Praxisorientierung, die Anbindung an die lokale Wirtschaft, die anwendungsorientierte Forschung, die doppelt qualifizierten Professorinnen und Professoren, die sowohl über Berufspraxis als auch wissenschaftliche Expertise verfügen.

Wie Delegierte aus einigen Bundesländern deutlich machten, ist der Druck an den HAW vor Ort hoch, die Gefahr, dass kleinere Standorte nicht überleben, real. Ob die demografische Entwicklung mit einer Internationalisierungsstrategie, wie es sie an den meisten Hochschulen bereits gibt, aufgefangen werden kann, wurde als fraglich

bezeichnet, da längst nicht alle ausländischen Studierenden nach ihrem Abschluss in Deutschland bleiben. Kritisch gesehen wird in diesem Zusammenhang das Entstehen privater Hochschulen, die im Gegensatz zu staatlichen HAW und Universitäten ein kommerzielles Interesse verfolgten, zugleich aber eine unmittelbare Konkurrenz darstellten.

Als herber Rückschlag wurde die Absage an eine „Deutsche Agentur für Transfer und Innovation“, kurz DATI, durch die schwarz-rote Bundesregierung bewertet. Die DATI sollte eine Lücke schließen, nämlich eine anwendungsorientierte Forschungsförderung für die HAW bereitzustellen. Wie die **hlb**-Bundesvereinigung, die das Projekt in Berlin maßgeblich vorangetrieben hatte, betont, bleibt die Förderlandschaft mit einer Fülle an Programmen weiter zerfasert, und es fehle eine eigene Struktur für die HAW mit einer verlässlichen Finanzierung auf angemessenem Niveau. Mit Transfer Scaleup gebe es immerhin eine neue Transferförderung des Bundesforschungsministeriums; darüber hinaus solle mit der im Koalitionsvertrag angekündigten Deutschen Anwendungsforschungsgemeinschaft eine neue nationale Förderorganisation geschaffen werden, die auf anwendungsorientierte Forschung und Innovationstransfer ausgerichtet sein soll. Das neue Programm HAW-OpenSpace - finanziert mit 61 Millionen Euro aus dem Sondervermögen – richtet sich explizit an HAW und soll exzellente Infrastruktur und inter- & transdisziplinärer Zusammenarbeit für anwendungsorientierte Forschung mit Bezug zur Hightech Agenda Deutschland fördern.



**Delegierte des *hlb* Rheinland-Pfalz (von links): Prof. Dr. Thoralf Johansson, Prof. Dr. Kira Nierobisch, Prof. Dr. Michael Langenbahn, Prof. Dr. Joachim Birzele, Prof. Dr. Mario Jung, Prof. Dr. Stefan Braun.**

Die geplante Ehrung von *hlb*-Mitgliedern, die mindestens zehn Jahre lang im Bundesvorstand ehrenamtlich mitgewirkt haben, wurde zurückgestellt; die Landesverbände wünschen sich eine differenziertere Analyse und das Aufstellen von konkreten Anforderungen an zu ehrende Personen. Das Thema soll nun auf die Tagesordnung der Konferenz der Landesvorsitzenden der Landesverbände mit dem Bundespräsidium im Herbst gesetzt werden.

Für das politische Lobbying in Berlin wurde im Mai dieses Jahres befristet bis Ende 2027 eine 50-Prozent-Stelle geschaffen, die die ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Ye-One Rhie besetzt. Sie war bei der Entwicklung von DATI eingebunden und hat beobachtet, dass die Kenntnisse über HAW in der Bevölkerung, aber auch der Politik

häufig fehlen. Deshalb fordert sie mehr Hartnäckigkeit des **hlf** in der politischen Arbeit – in Berlin und in den Landeshauptstädten.

Die nächsten Termine sind die Konferenz der Landesvorsitzenden mit dem Bundespräsidium am 6./7. November dieses Jahres in Potsdam, die nächste Delegiertenversammlung im kommenden Jahr am 23./24. April in Erfurt.